

Diese Abweichungen vom Original mindern aber nicht die Bedeutung der Rede vom 2. Oktober 1941 als Heydrichsche Version des Generalplans Ost. Calic denunziert v. Schmoller als einen derjenigen Historiker, die Heydrichs Aktion im Protektorat „als eine Art Wohltätigkeitswerk (— höhere Arbeitslöhne, bessere Witwen- und Waisenversorgung —) interpretieren“. Das hat nun aber v. Schmoller keineswegs getan. Allerdings hat er Heydrichs rassenideologische Endziele (Vernichtung der „Schlechtrassigen“) zu einer eher traditionellen Germanisierungspolitik herabgestuft. Indem Calic Heydrich dämonisiert, verpaßt er die Auseinandersetzung mit v. Schmollers Versuch, die Protektoratsbeamtenschaft auf Kosten Heydrichs und Franks zu exkulpiert und v. Neurath als „Ausgleichs“-politiker darzustellen. Statt dessen gerät Calic durch sein Dogma vom Provokateur Heydrich in Widerspruch zu den Tatsachen. Heydrich war pragmatisch genug, um wegen des Nahziels der ungestörten Kriegsproduktion gerade im Protektorat „die Verwirklichung seiner Vorstellungen in ihrer ganzen Grausamkeit“ zu vertagen, statt sie sofort in Angriff zu nehmen. Deshalb lief die Eindeutschungsaktion hier nicht „auf vollen Touren“. Durch seine Überschätzung Heydrichs versperrt er sich den Weg, in diesem einen Mann zu sehen, der keine eigene Tschechenpolitik für die Kriegszeit entwickelte und durchsetzte, sondern nur die Vorstellungen seines Vertreters Karl Hermann Frank verwirklichte. Besonders nach den ersten militärischen Rückschlägen vor Moskau im Dezember 1941 traten die Langzeitplanungen noch weiter in den Hintergrund.

Ebenso wie v. Schmoller führt Calic die Entsendung Heydrichs ins Protektorat auf dessen und Franks „Kabalen“ zurück. Die Verschwörungstheorie hat den Nachteil, daß die Verschwörer im tschechischen Untergrund aus dem Blickfeld geraten. Das Protektorat stand zwar nicht vor einem Aufstand, wie Heydrich behauptete, doch mußten die deutschen Polizeibehörden nach einem erfolgreichen einwöchigen Zeitungsboykott einen demonstrativen Rücktritt der Protektoratsregierung und weitere Manifestationen der Bevölkerung auf Anweisung der Exilregierung befürchten. Todesurteile und Verhaftungen konnten nicht verhindern, daß tschechische Fallschirmspringer mit Unterstützung der Widerstandsbewegung dem langjährigen Wirken des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes und seiner nur achtmonatigen Amtszeit als amtierender Reichsprotektor am 27. Mai 1942 ein Ende machten. Wenigstens dieses Attentat hat Heydrich auch nach Calic nicht selbst inszeniert.

Berlin

Detlef Brandes

*Kaplan, Karel: Das verhängnisvolle Bündnis. Unterwanderung, Gleichschaltung und Vernichtung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie 1944—1954.*

POL-Verlag, Wuppertal 1984, 280 S., Abb., kart.

Mit der zusammenfassenden Darstellung einiger z. T. in tschechischer Sprache publizierter Vorarbeiten hat Karel Kaplan sich einem der schwierigsten, aber auch wichtigsten Themen der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte der Tschechoslowakei

zugewandt. In seiner engagierten Aufarbeitung der neuesten Geschichte der ČSR bzw. ČSSR konzentriert er sich damit auf jene Dekade in der langen Entwicklung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, die den scheinbar triumphalen Höhepunkt, zugleich jedoch den tiefsten Niedergang dieser traditionsreichen Partei markiert.

Zum zeitlichen Ausgangspunkt seiner Betrachtungen wählt Kaplan das Jahr 1944. Es ist dies das Jahr, in dem nach Benešs Beistands- und Freundschaftspakt mit der Sowjetunion und der damit vorweggenommenen Grundentscheidung über die außen- und innen- sowie bevölkerungs- und gesellschaftspolitische Nachkriegs-entwicklung der ČSR die Moskauer ‚Linke‘ unter Fierlinger in der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei sich eindeutig durchzusetzen beginnt. Die enorme Metamorphose sowohl der Sozialdemokratie als auch der KPTsch, welche für das spätere Zusammengehen in der Politik des Sozialistischen Blocks und der Nationalen Front eine wesentliche Voraussetzung bildete, deutet Kaplan nur in großen Linien an. Nach dem Verlust zahlreicher führender Köpfe während der NS-Zeit — so war der ehemalige Parteivorsitzende A. Hampl im KZ umgekommen — und nach der Rekonstruktion der ČSR als einer Volksdemokratie mit der Sowjetunion als der bestimmenden Schutz- und Ordnungsmacht war die tschechoslowakische Sozialdemokratie als ‚neue Partei‘ in die politische Landschaft der Nachkriegszeit eingetreten. Der Parteitag vom Oktober 1945, auf dem sich die Sozialdemokraten in revolutionärer Aufbruchstimmung zum *wissenschaftlichen Sozialismus* bekannten, sich demonstrativ auf Marx, ja sogar Lenin beriefen, dokumentierte diese Wandlung und damit eine Annäherung an die Positionen der KPTsch auch im Programmatischen.

Einen radikalen Positionswechsel hatte allerdings auch die KPTsch hinter sich gebracht. Aus der prinzipiellen Anti-Staatspartei, welche die Republik Masaryks und Beneš einst als bürgerliches Instrument sozialer und nationaler Repression rigoros negiert hatte, war die tschechoslowakische Staats-Partei par excellence geworden. Die Zerschlagung der ČSR durch das nationalsozialistische Deutschland, der ‚Verrat‘ der Westmächte in der Münchner Krise und die ‚Befreiung‘ durch die Sowjetunion und die damit verbundene bevölkerungsmäßige und politisch-gesellschaftliche Umgestaltung des Landes sowie dessen mit stillschweigender Billigung der USA und Großbritanniens vollzogene Einbeziehung in die *pax sovietica* verschafften der KPTsch in ihrer neuen Rolle eine geradezu optimale Operationsbasis. Angesichts des revolutionären Szenarios der unmittelbaren Nachkriegszeit war mit der explosiven Mischung eines extremen Nationalismus mit gleichzeitigem Anspruch auf Verwirklichung des Sozialismus ein Konsensus hergestellt, in dem alle die Nationale Front tragenden Parteien sich trafen — welch unterschiedliche Motive sie auch immer dabei bewegen mochten.

Die Hinwendung zur *Volksdemokratie* kam jedoch für die nichtkommunistischen Parteien — und damit insbesondere auch für die Sozialdemokratie — gegenüber ihrem schon seit Ende der zwanziger Jahre bolschewisierten und unmittelbar von Stalin gestützten und gesteuerten Bündnispartner in doppelter Weise einer Selbstpreisgabe gleich: zum einen implizierte sie eine radikale Abkehr von der Tradition pluralistisch-parlamentarischer Demokratie westlichen Stils, wie sie für die Vor-

kriegszeit kennzeichnend war; zum andern vermochte die KPTsch ihre Partner und Konkurrenten in der Nationalen Front gleichsam auf eigenem Felde mit deren eigenen Mitteln und Waffen zu schlagen. Sie tat dies, indem sie sich an Nationalismus nicht überbieten ließ — und diesen auch in der Frage der tschechisch-slowakischen Beziehungen als Machthebel immer wieder blendend zu nutzen verstand — und indem sie sich mit der Propagierung sozialistischer Forderungen in bezug auf Nationalisierung und Verstaatlichung zunächst betont zurückhielt. Solange die neue Volks-Demokratie auf Kosten der ‚Deutschen, Ungarn, Kollaborateure und Verräter‘ realisiert wurde, blieb der Konsensus von größeren Friktionen weitgehend verschont und die KPTsch vermochte sich in den Wahlen vom Mai 1946 mit Abstand als stärkste Partei zu etablieren. Nachdem jedoch die Revolution der Nationalausschüsse und Präsidenten-Dekrete zu einem Abschluß gekommen war und sich die Parteien im Kampf um die politische Macht formierten, begannen die Gegensätze innerhalb des so ungleich konstituierten Machtkartells der Nationalen Front und damit auch in der auf die Bildung eines *Sozialistischen Blocks* hin ausgerichteten besonderen Partnerschaft zwischen der Sozialdemokratie und der KPTsch bereits deutlich hervorzutreten.

Es ist dieser Punkt, an dem Kaplan mit seiner systematischen Untersuchung eigentlich einsetzt. So kritisch er sich nämlich gleich zu Beginn seines ersten Kapitels mit dem ‚System der Volksdemokratie‘ auseinandersetzt und so nachdrücklich er auch dessen im Ansatz undemokratischen Charakter — Fehlen funktionierender Gewaltenteilung, keine legale Opposition, Polizeistaatlichkeit etc. — verurteilt, so bildet die Analyse der offenkundig a priori totalitär deformierten *Volksdemokratie* nicht das eigentliche Kriterium, den zentralen Ausgangspunkt seiner Darstellung. In zumindest partieller Affirmation der ‚ersten Phase der Revolution‘, die mit dem ‚Abschub‘ der Sudetendeutschen vor allem als eine Revolution radikaler nationaler bzw. nationalistischer ‚Reinigung‘ vollzogen wurde, reproduziert er trotz gewisser Vorbehalte jenes Denkmodell, das für die Nationale Front und damit auch für das Bündnis der tschechoslowakischen Sozialdemokratie mit der KPTsch die gemeinsame Grundlage abgegeben hatte. „Zwei Eckpole der früheren kapitalistischen Gesellschaft waren verschwunden“, so resümiert er: „die Gruppe auf dem Gipfel — Finanzkapital und Großgrundbesitzer — und die Gruppe ganz unten, nämlich die Habenichtse aus Landwirtschaft und Industrie, also die landwirtschaftlichen Arbeiter und die ungelerten Arbeitskräfte in den Fabriken. Diese Gruppen hatten ihre soziale Stellung durch ihren Umzug ins Grenzgebiet wesentlich verbessert. Denn dort erwarteten sie Familienhäuser, Landwirtschaftsbetriebe, Gewerbebetriebe, weit bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten“ (S. 29). Im Sinne einer solchen Auffassung der ‚ersten Phase der Revolution‘ ist es nur konsequent, wenn die vertriebenen bzw. bestraften oder auch entrechteten ‚Deutschen, Ungarn, Kollaborateure und Verräter‘ nur ganz am Rande, sozusagen kommentarlos in der besagten Schablone der Präsidenten-Dekrete wahrgenommen werden und dieser in die Millionen gehende Teil der Bevölkerung allenfalls als Abfallprodukt des revolutionären Prozesses thematisiert wird. Und es entspricht auch dieser Logik, daß die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP), die als einzige bedeutende Partei der Republik Masaryks in der Heimat und im Exil jeg-

licher, von welcher Seite auch immer ausgehenden Versuchung der ‚Totalität‘ widerstanden hatte, mit keinem Wort erwähnt wird.

Wenn Georg J. Loewy als Herausgeber in seinem Vorwort betont, daß mit der Studie Kaplans das komplexe Thema keinesfalls restlos erschöpft sei, und wenn er in Übereinstimmung mit dem Autor deren Diskussionscharakter hervorhebt, so scheint dies vor allem für das Defizit einer kritischen Analyse der prinzipiellen Voraussetzungen des *verhängnisvollen Bündnisses* zu gelten. Besonders evidente Einseitigkeiten sucht Loewy übrigens in einem für eine Neuveröffentlichung an sich ungewöhnlichen Verfahren in speziell gezeichneten Fußnoten wenigstens andeutungsweise zurechtzurücken. Was die Untersuchung indessen so wert- und verdienstvoll macht — und hier ist dem Herausgeber gleichfalls zuzustimmen —, ist Kaplans exzellent dokumentierte Rekonstruktion der komplizierten Entwicklung der Beziehungen der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und der KPTsch auf der Ebene der partei- und machtpolitischen Auseinandersetzungen. Auf der Grundlage heute unzugänglichen Quellenmaterials aus den Archiven der beiden Parteien und staatlicher Institutionen liefert er gleichsam den Beitrag zu einer Kratologie des so schicksalsschweren Abschnitts der tschechischen und slowakischen Parteiengeschichte unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Es war ein ungleicher Kampf von vornherein. Angesichts der bereits im Exil vollzogenen Inthronisation der ‚Linken‘, die wie eine Partei in der Partei fungierte, von der KPTsch als einzig legitimer Ansprechpartner akzeptiert und gleichzeitig bedenkenlos als Instrument innerparteilicher Manipulation gebraucht, war aus der antikommunistischen Partei der Vorkriegszeit nun ein bestenfalls geduldeter Bundesgenosse zweiter Klasse geworden. Mit ihrem Versuch, die in der Befreiungs-Euphorie von 1945/46 demonstrativ nationalistisch agierende KPTsch gleichsam links zu überholen, waren die Sozialdemokraten aus den Wahlen von 1946 schließlich als schwächste Partei hervorgegangen.

Demgegenüber stand die straff organisierte Kaderpartei der KPTsch, die ihr letztes Ziel der „totalen Machtergreifung“, wie Kaplan bündig formuliert, seit 1947 unter Einsatz aller einer totalitären Partei zur Verfügung stehenden Mittel anstrebte. So wie die KPTsch zunächst einen extremen, d. h. vor allem „kompromißlosen antideutschen *Nationalismus*“ (S. 42) als Instrument ihres skrupellosen Machtstrebens eingesetzt hatte, so nutzte sie von nun an um so gezielter den Sozialismus, d. h. einen Katalog je nach Bedarf beliebig zu steigender Forderungen nach Nationalisierung und Verstaatlichung etc. als demagogischen Hebel, um ihre Konkurrenten zu paralysieren und schließlich zu eliminieren. In dem Maße, in dem in der zweiten Phase der *volksdemokratischen* Revolution die realen politischen und gesellschaftlichen Gegensätze schärfer zutage traten, machte die KPTsch immer unverhohlener von totalitären Methoden direkter innerparteilicher und außerparlamentarischer Beeinflussung Gebrauch, um sich gegen die unübersehbar mißtrauischen und oppositionswilligen Bundesgenossen durchzusetzen.

Angefangen von dem im Januar 1946 am Einspruch der tschechischen und slowakischen Kommunisten gescheiterten Versuch einer Neugründung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei in der Slowakei, bietet die Darstellung Kaplans das Muster eines mehr oder weniger ständig sich wiederholenden Konflikt-

verlaufs: die in allen Auseinandersetzungen mit der KPTsch sichtbar wachsende Bereitschaft der Sozialdemokratie zu Kritik, Widerspruch und Opposition kulminiert in keinem Fall in einer Politik dezidierter Konfrontation, einer Konfrontation, die im goldenen Käfig der Pax sovietica freilich zusehends illusorischer werden mußte. Gewiß wuchs von der sozialdemokratischen Basis her bis in die Führungsgremien ganz offenkundig der Widerstand gegen das den gemeinsamen Pakt in der Nationalen Front so eklatant verletzende Vorgehen der KPTsch. So machten sich sehr bald Tendenzen bemerkbar, die Sozialdemokratie wieder als eigenständige politische und gesellschaftliche Kraft zu etablieren und sich nicht nur nach rechts, sondern auch eindeutiger nach links abzugrenzen. Wenn es trotzdem nicht gelang, eine geschlossene Handlungsfähigkeit herzustellen und gegenüber der KPTsch einen klaren Kurs einzuschlagen, so lag dies nicht nur an der Spaltung der Partei in divergierende Flügel und der wie auch immer raffiniert angewandten Taktik der außengesteuerten Fraktionsbildung durch die KPTsch. Die tiefere Ursache hierfür beruhte vielmehr darauf, daß die Partei mehr oder weniger in ihrer Gesamtheit in jenen beiden Grundannahmen befangen blieb, welchen die tschechoslowakische Volksdemokratie von 1944/45 ihre Entstehung verdankte: der unter dem Dach des Sozialismus prinzipiell bekundeten Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPTsch, was eine Regierung ohne oder gar gegen diese von vornherein ausschloß, sowie der tabuisierten außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung auf die Sowjetunion.

In ihrer Handlungsfreiheit solchermaßen gelähmt, war das Verhalten der tschechoslowakischen Sozialdemokratie gegenüber dem traumatischen ‚big brother‘ der KPTsch durch eine einzige Kette von Zwiespältigkeiten und Inkonsequenzen gekennzeichnet. Wenngleich Kaplan die mit dem Marshall-Plan und der Kominformgründung 1947 einsetzende Vereisung zwischen Ost und West explizit als einen entscheidenden ‚Bruch‘ verstanden wissen will, so belegen seine Ausführungen freilich anschaulich genug, daß dieser in den Beziehungen der Sozialdemokratie zur KPTsch keinen qualitativen Sprung zur Folge hatte. Dies mochte in gewisser Weise wohl für die KPTsch und ihre die Strategie der Kominform nachvollziehende Politik gelten. Je mehr sie in ihrem kaum kaschierten Streben nach der Alleinherrschaft gegenüber den Bundesgenossen in der Nationalen Front, aber ganz offensichtlich auch in den Wählermassen, in Isolierung geriet und die Chancen auf einen regulären Gewinn der absoluten Mehrheit in den kommenden Wahlen spürbar schwanden, desto systematischer baute sie ihre konspirativen Methoden der Unterwanderung und unmittelbaren innerparteilichen und außerparlamentarischen Intervention aus. Kaplans Studie entfaltet die gesamte Palette taktischer Varianten, unterminierender und manipulativer Techniken sowie die intensivierte Mobilisierung der ‚Massen‘ bis hin zum unverhüllten Terror, d. h. das Spektrum jener Mittel, mit denen die KPTsch seit dem Herbst 1947 das ausschließliche Machtmonopol direkt anzusteuern begann und mit denen sie gerade auch ihre sozialistische ‚Bruderpartei‘ für ihre Zwecke dienstbar zu machen suchte.

Die im Rahmen der Kominform-Politik verfolgte Taktik zielte auf die Spaltung der Bundesgenossen in der Nationalen Front in eine jeweilige ‚fortschrittliche Linke‘ und ‚reaktionäre Rechte‘, eine Taktik, die vor allem auf eine noch direkter als

bis dahin betriebene Spaltung der Sozialdemokratie hinauslief. Kaplans Schilderung der Ende 1947 von der KP-Führung gegründeten *Kommission für die Arbeit in anderen Parteien* sowie der zielbewußt vorangetriebenen Formierung einer ‚offiziellen Linken‘ und daneben einer noch unmittelbarer nach den Richtlinien der KPTsch arbeitenden ‚ultralinken‘ Gruppe läßt jene bizarre politische Wirklichkeit erahnen, die George Orwell zu seiner säkularen negativ-utopischen Version von 1948/1984 gerinnen ließ.

Die mit dem Marshall-Plan und der Gründung der Kominform eingetretene Verhärtung der Ost-West-Beziehungen schlug sich auch sehr schnell in einer verschärften Abgrenzung der Sozialdemokratie gegenüber der KPTsch nieder, damit zugleich aber auch in einer Eskalation der Gegensätze zwischen ihren so heterogenen Flügeln. Angesichts der unverhüllten Macht-Politik der KPTsch begannen Vertreter einer betont eigenständigen Linie wie O. Berger deren „konservativen und reaktionären Charakter“ anzuprangern oder, wie V. Bernard, den Vorwurf zu erheben, daß es die KPTsch war, die einer weiteren Entwicklung des demokratischen Sozialismus im Wege stand (S. 132). V. Majer, von der KPTsch konsequent als ‚Rechter‘ und ‚Reaktionär‘ bekämpft, sollte sich bis zum Schluß als härtester Vertreter einer solchen auf Eigenständigkeit bedachten Linie erweisen. Kaplans Darlegungen zur Kominform, zur Wiederherstellung der Zweiten Sozialistischen Internationale bzw. zur COMISCO, zur Demokratischen Partei der Slowakei und zum gesamten Komplex der slowakischen Frage, zur sog. Millionärsteuer, dem September-Abkommen und vor allem zum Brünner Parteitag vom November 1947 mit der Ablösung Fierlingers durch B. Laušman als Parteivorsitzenden demonstrieren freilich die fortdauernde Zwiespältigkeit der Sozialdemokratie und ihre daraus resultierende Ohnmacht nur allzu augenfällig. Während sie in dieser Schlußphase der gemeinsam getragenen Volksdemokratie in Fragen politischer Natur sich mehr und mehr den übrigen nichtkommunistischen Parteien zuwandte und auf die Bewahrung der ‚Demokratie‘ rekurrierte, blieb sie hinsichtlich sozio-ökonomischer Reformen und des Sozialismus, aber auch in bezug auf die Bildung und Zusammensetzung der Regierung, trotz aller innerparteilichen Spannungen und Kritik, auf die KPTsch hin ausgerichtet. Gegenüber der im Vergleich monolithischen und souverän-zielbewußten KPTsch war und blieb die Tschechoslowakische Sozialdemokratie wie das sprichwörtliche Kaninchen auf die Schlange fixiert. Die ‚Vereinigung‘, d. h. de facto die rabiate Einverleibung in die KPTsch vom Juni 1948, nur wenige Monate nachdem diese praktisch ohne nennenswerten Widerstand auf quasi legalem Wege das ausschließliche Machtmonopol an sich gerissen hatte, stellte in dieser Hinsicht nur die verhängnisvolle Konsequenz eines in der Tat verhängnisvollen Bündnisses dar.

Was von der Volksdemokratie von 1944/45 schließlich blieb, war das absolute Machtmonopol einer Partei im Namen des *Volkes* unter fast gänzlicher Ausschaltung des Volkes als des eigentlichen politischen Willensträgers und damit die völlige Liquidierung der Demokratie. Am Ende stand damit auch der Kampf gegen ‚Sozialdemokratismus‘ als ‚Erscheinungsform der Reaktion‘, folgte die Degradierung der Gewerkschaften, kam es zu politischen Prozessen gegen die einstigen Bundesgenossen.

Für die politischen Methoden, taktischen Varianten und ideologischen Schablonen, mit welchen der ungleiche Machtkampf zwischen der Sozialdemokratie und der KPTsch ausgetragen wurde, ist die Untersuchung Karel Kaplans von paradigmatischer Bedeutung. Darüber hinaus stellt sie nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Studium der tschechoslowakischen Nachkriegsentwicklung, sondern auch einen bedeutsamen Baustein für eines der schwierigsten und problematischsten Kapitel der Geschichte der tschechoslowakischen Sozialdemokratie insgesamt dar. Den Band vervollständigt ein kurzer dokumentarischer Anhang sowie ein Schlußwort des Herausgebers G. J. Loewy, der das Wiederaufleben der eigenständigen Tschechoslowakischen Sozialdemokratie vom neuerlichen Exil über den Prager Frühling bis in die unmittelbare Gegenwart skizziert und deren Versuche resümiert, sich auf der Basis eines von den Schlacken der historischen Erfahrung gereinigten demokratischen Sozialismus zu regenerieren.

München

Roland J. Hoffmann

*Bonwetsch, Bernd (Hrsg.): Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem.*

Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1985, 192 S., kart. DM 28,— (Osteuropaforschung 13).

Diese für den Druck überarbeiteten Referate einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde stellen Berichte aus der Forschung dar, in deren Mittelpunkt die Sowjetunion steht: Margareta Mommsen-Reindl diskutiert politikwissenschaftliche Interpretationsmodelle zu Struktur und Geschichte der Sowjetunion, Eberhard Müller prüft die Tauglichkeit der zeitgenössischen sowjetischen Literatur als sozialgeschichtliche Quellen, Stephan Merl schildert „Probleme des Umgangs mit sowjetischen Statistiken der 20er und 30er Jahre“; Gerhard Simon bietet methodologische Überlegungen zum Problem des Nationalismus in der UdSSR, den es offiziell bekanntlicherweise nicht gibt. Polen (Dieter Bingen überprüft den Wert polnischer Massenmedien als zeitgeschichtlicher Quelle, Andreas Lawaty untersucht polnische Auffassungen zur Deutschlandfrage nach 1945) sowie Jugoslawien (Wolfgang Höpken unter dem Gesichtspunkt der Krisentheorie zur „Kroatischen Krise“ 1970/71; Jutta de Jong zur „Erfassung nationaler Trägergruppen am Beispiel Makedoniens“) folgen. Peter M. Kuhfus bietet eine Neubewertung des chinesischen Faktors bei der Entstehung des „Ostblocks“ an. Probleme der Theorieanwendung stehen im Mittelpunkt der Darlegungen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Tschechoslowakei. Manfred Alexander gibt mit „Die Erste Tschechoslowakische Republik als Problem der Zeitgeschichte“ (S. 178—188) eine knappe Übersicht der wichtigsten Veröffentlichungen sowie der Forschungsprobleme und -desiderata. Außer auf die wegen der Unzugänglichkeit der tschechoslowakischen Archive schwierige Ausgangslage verweist Alexander mit Recht auf die „hohe Emotionalisierung [...], die sich in Reizwörtern widerspiegelt“ als außerwissenschaftliche Komponente, die die Forschung erschwert.